

SPD/CDU/0002/2023

Parteienantrag SPD/CDU

Az:

Datum: 22.06.2023

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit	Abstimmung
Stadtverordnetenversammlung	22.06.2023	Entscheidung	

Änderungsantrag der SPD/CDU zum Bahnhofsvorplatz Wiebelsbach vom 22.06.2023**Beschlussvorschlag:**

Der Magistrat wird beauftragt, weitere Verhandlungen mit der DB Netz AG zu führen, damit der Bahnhofsvorplatz in Wiebelsbach rechtssicher und langfristig seitens der Stadtverwaltung überplant und gestaltet werden kann. Hier ist neben der Parkplatzgestaltung (PKW und Fahrräder) auch die Verkehrssicherheit für Passanten und Radfahrende sowie eine ausreichende Beleuchtung zu berücksichtigen. Wesentlicher Verhandlungsgegenstand wird jedoch bleiben, die Stadt Groß-Umstadt von jeder Haftung oder öffentlich-rechtlichen Sanierungspflicht aufgrund einer möglichen Kontamination mit Bromacil oder anderen gefährlichen Stoffen im ungesättigten Bereich des Bodens freizustellen. Alternativszenarien zum Ankauf des Bahnhofsvorplatzes sollen in den zuständigen Ausschüssen vorgestellt werden. Der Magistrat wird ebenfalls beauftragt, mit dem zuständigen Regierungspräsidium Darmstadt Kontakt aufzunehmen, um mit Blick auf das Altlasten-Kataster zu erörtern, inwieweit das in Auftrag gegebene Nutzungskonzept vom 14.12.2018 auf dem Gelände realisiert werden kann.

Begründung:

Die Vorlage des Magistrats zum Bahnhofsvorplatz in Wiebelsbach entspricht nicht den politischen Bemühungen der letzten Jahre in Ortsbeirat und Stadtverordnetenversammlung. Anders als in der Begründung des Antrags dargestellt, wobei es sich hier lediglich um eine Ablehnung des aktuellen Bahn-Angebots handeln sollte, würde eine Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung dazu führen, dass dieses Projekt zukünftig nicht weiterverfolgt werden könne und der Magistrat sein Verhandlungsmandat verlieren würde. Das ist nicht in unserem Sinne und auch nicht im Sinne der Bürgerinnen und Bürger, die nach wie vor mit dem sehr schlechten Zustand des Bahnhofsvorplatzes zu leben haben: Die Situation wird zunehmend schwieriger, da die Zufahrten von Wiebelsbach wie auch von der B 426 kommend zugesperrt werden (LKW und PKW). Fußgänger müssen schon jetzt auf der Straße gehen, da sich kein Bürgersteig auf den Zuwegen befindet. Außerdem ist die Beleuchtung nicht ausreichend. Die Bushaltestellen im Bereich des Bahnhofs sind in keiner Weise dem Verkehrsaufkommen entsprechend gestaltet und sind somit eine ständige Gefahrenquelle. Schließlich befindet sich die Fahrbahn aufgrund der zahlreichen Schlaglöcher in einem sehr schlechten Zustand. Die ablehnende Haltung des Magistrats zum vorliegenden Angebot der Deutschen Bahn können wir zwar nachvollziehen und halten dies mit Blick auf die Bodenverunreinigungen auch für haushaltspolitisch vernünftig. Allerdings sollte man im Zuge dessen weiter verhandeln und zu einer Lösung kommen, die für unsere Stadt vertretbar ist und bessere Konditionen beinhaltet. Das wäre mit der Vorlage des Magistrats nicht möglich. Die DB AG mag entsprechende Untersuchungen angestellt haben und zu dem Schluss gelangt sein, dass im ungesättigten Bereich davon ausgegangen werden kann, dass keine Probleme zu erwarten sind. Garantieren kann sie das aber nicht, sonst hätte sie sicherlich ihre Probenahmen sehr viel flächendeckender durchführen, wenn auch nicht gleich das gesamte Gelände umgraben müssen. Wenn die DB AG sich in ihrer Einschätzung aber so sicher ist, könnte sie doch ohne weiteres eine Freistellungserklärung zugunsten der Stadt abgeben. Das will sie nicht. Die DB AG spielt ganz offensichtlich auf Zeit und vertraut darauf, dass die Stadt, auch wegen der berechtigten Ungeduld der betroffenen Mitbürger und des wachsenden politischen Drucks, früher oder später auch ohne Haftungsfreistellung kaufen wird. Konkurrenzdruck besteht indessen nicht, denn die Stadt wird auf unabsehbare Zeit der einzige Kaufinteressent bleiben. In dieser Situation sollte daher die Stadt jetzt ein klares Zeichen nach innen und außen setzen, indem sie eine klare Bedingung für weitere Verhandlungen formuliert. Weiterhin stellt der Ankauf des Bahnhofsvorplatzes bisher auch die einzige realistische Option dar, um die Situation vor Ort zu verbessern und aufzuwerten. Für uns ist nach wie vor nicht ersichtlich unter welchen anderen Bedingungen die Stadt Groß-Umstadt auf diesem Gelände investieren sollte. Wir werden wohl kaum das Gelände der Deutschen Bahn mit städtischen Mitteln aufwerten, wenn die Deutsche Bahn hier selbst nicht bereit ist auch nur einen Cent zu investieren. Daher wollen wir über mögliche Alternativen zum Ankauf in den zuständigen Ausschüssen informiert werden und vorher keinen Ankauf ablehnen. Abschließend möchten wir darauf hinweisen, dass die Stadtverordnetenversammlung mit Beschlüssen vom 15.02.2018 und 14.12.2018 den Ankauf als Ziel der Verhandlungen mit der Deutschen Bahn formuliert und die Erstellung eines Nutzungskonzeptes beauftragt hat.

Ein Gesamtkonzept kann die Situation hier deutlich verbessern und sollte Möglichkeiten für abschließbare Fahrradboxen und die Bereitstellung von E-Ladestationen berücksichtigen. Über weitere Optionen (Parkdeck, LKW-Parkverbot, Fußgängerweg, eingezeichnete Parkplätze, etc.) müssten die politischen Gremien sich einigen. Erst dann ist auch eine Kostenanalyse für die Umgestaltung möglich. Da in den Städten die Umweltbelastung ständig zunimmt und der öffentliche Personennahverkehr gestärkt werden soll, kommt hier dem Bahnhof in Wiebelsbach, als größter Bahnhof der Stadt mit den meisten Anbindungen ins Rhein-Main-Gebiet und der höchsten Anzahl an Fahrgästen, eine entscheidende Rolle zu. Deshalb müssen wir den Bahnhofsvorplatz rechtssicher und langfristig überplanen und neugestalten.